

Trump und Merkel: Zwei Gesichter desselben Systems

Was hat uns der G7-Gipfel gebracht? Die Erkenntnis, dass es in diesem Gesellschaftssystem wirklich nur die ganz Schlaunen bis ganz nach oben schaffen. „The germans are bad, really bad“ – ein Dank an den coolen Typen mit der toten Katze als Haar-toupet für diese Lektion! Was wären die Weltnachrichten ohne ihn, der die dummen Sprüche nicht lassen kann? Sonst hätten wir ja nur noch unerträgliche Merkel-Strahlegesichter...

Der Stein des Anstoßes: Millionen deutscher Autos, die in den USA verkauft werden. „Fürchterlich. Wir werden das stoppen“ protzte Trump – und er prangerte die angeblich unfaire Wirtschaftspolitik und den Handelsbilanzüberschuss Deutschlands an.

Trump: „Für nationale Profite“

Dem stellt Trump einen „Schutz des amerikanischen Marktes“ entgegen. „America first“ hieß es in seiner Antrittsrede. Im Wahlkampf stellte er Freihandelsabkommen in Frage und drohte mit Strafzöllen. Damit bricht er *in Worten* mit der bisherigen Freihandels-Ideologie der reichen westlichen Länder. Er tut so, als ob das den amerikanischen Arbeitenden nützen würde: Wenn Produkte wie deutsche Autos durch Zollschranken teurer werden, dann könnte die US-Wirtschaft mehr produzieren und mehr Jobs schaffen. Mit solchen protektionistischen Parolen geht nicht nur Trump auf Stimmenfang. Man hört sie auch bei den Brexit-Anhängern, beim rechtsradikalen Front National in Frankreich, der FPÖ in Österreich und Teilen der AfD.

Doch was würden Handelsschranken und ein Rückzug auf nationale Märkte bringen? Die Wirtschaft heute ist international. Alle großen Konzerne sind auf weltweite Zulieferketten und Absatzmärkte angewiesen, US-amerikanische genauso wie europäische. Mit Strafzöllen droht die Gefahr von Handelskriegen, falls ein Land nach dem anderen nachziehen würde. Deshalb hat die US-Administration Trump großspurigen Sprüchen bisher auch noch keine konkreten Taten folgen lassen. Viel entschlossener führt Trump Sozialkürzungen und Geschenke für die Superreichen durch.

Die Befürworter des Protektionismus verschweigen außerdem, dass Zölle die Preise steigen lassen und eine Inflation droht, die die Löhne auffrisst. Am Ende gibt es nicht etwa mehr gut bezahlte Jobs, sondern nur noch mehr eklige nationalistische Töne und Fremdenfeindlichkeit.

Merkel: „Für internationale Profite“

Gegenüber Trump stellen sich Merkel als vernünftige und weltoffene Vertreterin des Welthandels dar. Mit Schützenhilfe des ehemaligen US-Präsidenten Obama, der extra zum Kirchentag kam, um Merkel Wahlkampfunterstützung zu geben. Merkel kündigte nach dem Gipfel an: „Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.“ Also „EU first“ als Antwort auf Trump?!

Doch was Merkel als „bessere“ Politik verkauft, kennen wir nur zu gut. Griechenlands Arbeitende werden durch immer weitere Sparmaßnahmen ausgeblutet. Und in Deutschland ganz aktuell: Betriebsrenten, für die die Betriebe keine Garantie übernehmen brauchen, und immer neue Flexibilisierungen auf Kosten der Arbeitenden. Wir sollen uns davon einlullen lassen, dass es den Arbeitenden gut gehe, wenn es den Konzernen dank eines offenen Weltmarktes gut geht. Aber dass das eine Lüge ist, wird jeden Tag neu bewiesen.

Zum Beispiel Siemens: einer der weltgrößten internationalisierten Konzerne. In Deutschland hat Siemens gerade noch 37 % der Konzernbeschäftigten und macht nur 18 % des Umsatzes. Wichtige Standbeine wie Medizintechnik und Automatisierungstechnik sind in Niedriglohnländer wie China, Indien oder Osteuropa verlagert. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Strategie heißt nicht, dass die Arbeitenden sichere und gut bezahlte Jobs hätten, ganz im Gegenteil: Ein Stellenabbauplan jagt den nächsten.

Oder Volkswagen: Mag sein, dass Trump sich über den weltweiten Erfolg von VW aufregt. Aber die VW-Beschäftigten, Stammbeschäftigte wie Leiharbeiter, müssen seit Ende letzten Jahres um ihre Zukunft bangen, nachdem 25.000 Stellenstreichungen allein in Deutschland angekündigt wurden.

Die Arbeitenden brauchen ihr eigenes Programm

Merkel und die EU einerseits und Trump andererseits versuchen uns einzuspannen. Sie streiten über die „richtige“ Wirtschaftspolitik, dabei geht es ihnen nicht um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern um noch höhere Gewinne für die großen Konzerne. Für die Arbeitenden ist dabei überhaupt nichts zu gewinnen. Protektionismus oder Freihandel? Nicht unsere Frage! In beiden Fällen können wir nur durch eigene Kämpfe unsere Interessen verteidigen.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Der Kampf geht weiter!

Unsere Kolleg_innen von der CFM waren 10 Tage im Streik und leider konnte keine Mehrheit für diesen Streik gewonnen werden. Doch der Kampf ist deswegen noch nicht vorbei! Jetzt ist es wichtig, mit unseren nicht-streikenden Kolleg_innen zu diskutieren und Fragen zu stellen. Warum sind sie nicht rausgekommen? Wofür haben wir gestreikt? Und warum lohnt es sich, mitzumachen? Was können wir unternehmen, dass es an der CFM nicht nur schlimmer wird? Viele Beispiele zeigen uns nämlich heute schon, dass auch eine 100%ige Tochter keine Garantie für gute Löhne und gerechte Arbeitsbedingungen sind. So können wir gemeinsam für jedes Problem, welches uns vom Streik abhält, eine Lösung zu finden.

Streik Brainstorm

Wir könnten zum Beispiel mit einer Solikasse durch die Charité und Berlin ziehen und so zum einen mit den Kolleg_innen diskutieren, unseren Streik bekannter machen und den Leuten helfen, die sich streiken nicht leisten können. Und warum nicht mal unsere Kolleg_innen von CFM und Charité zu einer aktiven Frühstückspause (auch während des Streiks) einladen? Dann könnten sie so ihre Solidarität zeigen und wir hätten die Möglichkeit, zu diskutieren. Auch ist bei der Charité bald wieder Streikzeit, da der TV Gesundheitsschutz Ende Juni ausläuft. Warum also nicht dann rein zufällig am gleichen Tag in den Streik treten? Dasselbe gilt für andere Krankenhäuser und ihre Töchter, wie z.B. der VSG von Vivantes. Ein gemeinsamer Streik macht uns mindestens doppelt so stark! Es gibt noch viele weitere Möglichkeiten, um der CFM am Ende doch das Spiel zu verderben!

„Wenn zwei sich streiten, dann freut sich der Dritte“

In unserem Falle wäre der Dritte die CFM/Charité. Seit 2006 wird uns eingehämmert, dass Charité und CFM zwei getrennte Betriebe sind und dass ein gemeinsamer Kampf nicht möglich sei. Dass wir das schlucken, erfreut vor allem Einhäupel, Giebe und Maßwig. Wir arbeiten jeden Tag Seite an Seite unter dem gleichen Dach und leiden unter denselben Arbeitsbedingungen. Praktisch sind wir immer noch ein Betrieb und es wäre doch gelacht, wenn wir keinen Weg finden würden, dies auch zu beweisen!

An Müller und Co: Tarifvertrag jetzt!

Bis 2018 läuft der Vertrag mit dem CFM - Beteiligungskonsortium Vamed, Dussmann und Hellmann noch mindestens. Und die drei wollen Kohle sehen, viel Kohle. Wie viel genau wissen wir nicht, der Vertrag ist ja geheim. Aber wir wissen, wer dieses Geld erarbeitet. Die CFMler! Bei Billiglöhnen und miesen Arbeitsbedingungen. Schützend stellt sich nun der rot - rot - grüne Senat vor diese Profitinteressen, quatscht uns voll mit Schönwetterreden anstatt massiven Druck auf Charité und CFM auszuüben, ab sofort Tarifentgelte entsprechend TV- C zu zahlen. Das der Giebe und die Masswig sich trauen, uns mit einem Schulterzucken am Verhandlungstisch gegenüber zu sitzen, ist wirklich kein Zeichen von deren Mut oder Verhandlungsgeschick, sondern von politischer Hinhalterei!

Krach im Hochhaus!

Krach und Lärm den ganzen Tag seit Wochen sorgen für Kopfschmerzen und Migräne! Denn, so ganz fertig ist das Bettenhaus halt noch immer nicht. Und die Übergänge zum Neubau auch noch nicht. Und das Gebäude der alten Ersten Hilfe auch noch nicht. Und die entsprechenden dortigen Übergänge auch noch nicht... Gut, wir hören auf mit der Aufzählung. Klar ist, worauf wir hinaus wollen: Soooo können wir nicht arbeiten!

Pharmaverbrecher!

Der Pharmamulti Aspen Holdings hat unter Beteiligung von GlaxoSmithKline AG dringend benötigte Krebsmittel aus europäischer Produktion zurückgehalten und gedroht, sie nicht auszuliefern, wenn die Behörden nicht Preissteigerungen von bis zu 4000 Prozent akzeptieren. In Spanien, Italien, Griechenland und Deutschland kam es zu Lieferengpässen. Dringende Behandlungen von Krebspatienten mussten verschoben werden. Bei dem Versuch, das Produkt aus den USA zu beziehen, wurden 4000 statt üblicher 150 Euro für eine Dosis verlangt. Etliche Firmen beteiligen sich an der künstlichen Verknappung und skrupellosen Preissteigerung. Und die Politik schaut zu. Kein Wunder, fördern sie doch seit Jahrzehnten dieses System der immer steigenden Profite. Es wäre ein Leichtes, Manager solcher Verbrecherfirmen haftbar zu machen oder mit dem Entzug der Konzession zu drohen. Jeder Ladendieb wird in diesem Land härter behandelt! Doch das ist eben so gewollt. Es bleibt ja nur der Patient auf der Strecke.

Sie waschen ihre Hände in Unschuld...

In einem Offenen Brief verwahren sich alle Sprecher der im Dachauer Kreistag vertretenen Fraktionen und Gruppierungen gegen die Kritik aus Reihen der Belegschaft des Helios-Klinikums in Dachau und attackieren den Betriebsrat. Die Pflege wirft dem Kreistag nämlich vor, das Klinikpersonal im Stich zu lassen. In dem gemeinsamen Schreiben der Kreistagssprecher heißt es dazu: *"Wir werden uns nicht durch eine unsachliche Vermischung von lokalen Herausforderungen und gesundheitspolitischen Grundsatzthemen für die aktuellen oder zukünftigen Tarifaueinandersetzungen instrumentalisieren lassen."* So, so. Aber als es darum ging sich von der Rhönklinikums AG (vor Helios esitzer des Klinikums) dafür instrumentalisieren zu lassen, die kommunalen Kliniken zu privatisieren, sahen die Damen und Herren kein Problem darin, eindeutig Partei für den Konzern zu ergreifen. Und auch rechtlich gesehen ist der Kreistag zuständig für die medizinische Grundversorgung des Landkreises. Es ist mehr als heuchlerisch, jetzt so zu tun, als hätte die Politik nichts damit zu tun.

Is was, Doc?

Was für eine Aufregung in den Medien. Eine „russisch-eurasische Pflegemafia“ hat offensichtlich gut organisiert die Krankenkassen um Milliarden Euro betrogen. Klar, das ist kriminell und eklig. Aber mal ganz nüchtern betrachtet – da, wo Gesundheit zur Ware und damit Geld verdient wird, da ist das ein Markt. Der ist offensichtlich so lukrativ, dass die einschlägigen „Geschäftsleute“ aus den Branchen Rauschgift- und Waffenhandel dann auch in den „Gesundheitsmarkt“ einsteigen. Das nennen sie im Handelsblatt „Investition in renditestarke Geschäftsfelder“. Preisfrage: Wo ist jetzt der Unterschied zu den legalen Ganoven in den Pharmakonzernen? Auflösung: Im Prinzip gibt es keinen, aber die Konzerne haben ihre Lobbyisten im Bundestag und den Ministerien. Die brauchen nicht gegen Gesetze zu verstoßen, die schreiben die gleich selber.

Das Vitamin C wird gemeinsam von der Sozialistischen Arbeiterstimme und Kolleg_innen der Charité und CFM herausgegeben. Das Flugblatt soll nicht nur Sprachrohr der Beschäftigten sein, sondern auch zur Vernetzung und Information dienen. Wenn auch du was zu sagen hast, dann melde dich bei uns!